

EDITORIAL

Liebe Jusos,

die Grünen machen's vor: In einer Urwahl werden die Mitglieder über das Kandidierendenduo für die Bundestagswahl entscheiden. Klar, das kostet Geld und Vorbereitung und bedeutet vor allem für die Kandidierenden einiges mehr an Stress und Arbeit. Und es besteht das Risiko der Selbstzerfleischung der Grünen. Alle müssen für sich selbst werben, dürfen gleichzeitig die anderen Kandidierenden nicht schlecht darstellen. Aber diese Form der Basisdemokratie bedeutet auch die Chance, die Mitglieder zu erreichen und einzubinden. Und das kann kurz vor dem Bundestagswahlkampf den entscheidenden Anstoß geben, die Motivation für passive Mitglieder, in diesem Wahlkampf zu Aktiven zu werden. Vielleicht kann die Urwahl auch einen Anreiz für SympathisantInnen darstellen, in die Partei einzutreten. Ich denke, auch für die SPD wäre eine Urwahl zum jetzigen Zeitpunkt die beste Entscheidung. Oder was ist eure Meinung?

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen des neuen EIVERS, hoffentlich sehen wir uns zur SWR-Besichtigung am 2. Oktober!

Marissa Dietrich

TAGESSEMINAR JUSOS SCHWETZINGEN UND

EPELHEIM

Die Juso-AGen Schwetzingen und Eppelheim veranstalten am Samstag, den 6. Oktober, von 9.30 Uhr bis 15.30 Uhr ein Tagesseminar zum Thema „Europa“. Dazu konnten einige hochkarätige Referenten gewonnen werden. Vormittags spricht der Europaabgeordnete Peter Simon über aktuelle Entwicklungen in der Europapolitik. Nachmittags finden mehrere interessante Workshops statt, unter anderem mit Patroklos Klinis von der IG Metall und Ralf Diemer, dem Leiter des Brüsseler Büros des Verbandes der deutschen Automobilindustrie.

Ziel wird es sein, ein Positionspapier zu formulieren, welches in die Arbeitsgruppe des Juso-Landesverbandes, der den Leitantrag für die nächste Landesdelegiertenkonferenz formuliert, eingebracht werden soll.

Das genaue Programm findet ihr demnächst auf unserer Seite: www.jusos-schwetzingen.de

Das Seminar findet in Schwetzingen in der SPD-Geschäftsstelle (Maximilianstraße 5) statt. Schwetzingen liegt direkt an der Bahnlinie zwischen Mannheim und Karlsruhe, die SPD-Geschäftsstelle ist nur 5 Fußminuten vom Bahnhof entfernt.

Das Seminar ist auch für Nicht-Jusos offen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Anmeldung bei bastian.jansen@freenet.de bis 29.09. ist erwünscht, aber nicht Pflicht oder Teilnahmevoraussetzung.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG JUSO AG SCHWETZINGEN

Am Donnerstag, den 27. September findet ab 19:30 Uhr die Jahreshauptversammlung der Juso-AG Schwetzingen statt. Dabei wird Rückschau auf das vergangene Jahr gehalten und das nächste Arbeitsjahr geplant. Außerdem werden alle Posten neu gewählt. Wir treffen uns in der neu gestrichenen SPD-Geschäftsstelle in Schwetzingen, Maximilianstraße 5.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG JUSOS RHEIN- NECKAR

Am Freitag, den 5. Oktober wird in Weinheim die nächste Mitgliederversammlung der Jusos Rhein-Neckar stattfinden. Treffpunkt ist das Restaurant „Beim Alex“, Breslauer Straße 40/2. Bei dieser Versammlung werden verschiedene Anträge des Vorstandes behandelt. Außerdem steht der Vertreter des Kreisverbandes beim Landesausschuss zur Wahl.

BESICHTIGUNG DES SWR AM 2. OKTOBER

Am Dienstag, den 2. Oktober haben die Jusos Rhein-Neckar die einmalige Gelegenheit, das Betriebsgelände des SWR näher kennen zu lernen. Abfahrt ist um 7:38 Uhr vom Hauptbahnhof in Heidelberg. Ab 10 Uhr beginnt in Baden-Baden die Besichtigung. Anschließend wird uns der SPD-Stadtverbandsvorsitzende von Baden-Baden durch die Stadt mit ihrem einzigartigen Charme der „Reichen-Enklave“ führen. Die Hinfahrt wird

voraussichtlich mit Baden-Württemberg-Tickets bestritten.

COCKTAILSTAND IN MAUER

Am 16. September werden die Jusos Rhein-Neckar beim Ortsfest in Mauer mit einem eigenen Cocktailstand präsent sein. Mithilfe des Juso-eigenen Cocktailsets werden „Rote Cocktails“ zubereitet. Dafür brauchen wir eure Hilfe. Wer helfen möchte, kann sich bei mail@marissa-dietrich.de anmelden und erhält dann weitere Informationen.

DIE GERINGFÜGIGE EINZELHEIT

„Das Heil der Demokratien, von welchem Typus und Rang sie immer seien, hängt von einer geringfügigen technischen Einzelheit ab: vom Wahlrecht. Alles andere ist sekundär.“

Dieses Zitat von José Ortega y Gasset steht auf der Startseite von wahlrecht.de. Dass das Wahlrecht, also das Recht, wie sich Wählerstimmen in Ämter und Mandate übersetzen, in allen Demokratien ein wichtiges Machtinstrument ist, kann kaum bestritten werden. Durch diese „geringfügige technische Einzelheit“ werden politische Systeme gemacht, erhalten oder verändert. Das politische System in Großbritannien sähe wahrscheinlich sehr viel kontinentaler aus, wenn sie nach Verhältniswahl wählen würden; die sehr weit rechts stehenden Konservativen hätten mit ihrer derzeitigen politischen Ausrichtung kaum eine Chance, gegen die links stehenden Sozialdemokraten und Liberalen eine Parlamentsmehrheit zu erlangen. Margaret Thatcher hätte sich unter einem Verhältniswahlrecht nicht lange an der Macht gehalten. (55 Prozent der Wähler standen gegen sie, 43 unterstützten sie.)

Auch wer von der Union politisch nicht viel hält, muss doch zugeben, dass sie sich große historische Verdienste erworben hat, national gesinnte Kräfte (hauptsächlich im Norden Deutschlands) nach dem Zweiten Weltkrieg an sich gebunden und demokratisch erzogen zu haben. Und auch heute ist sie das Bollwerk gegen Entwicklungen, die das Entstehen einer deutschen Rechtspartei begünstigen könnten und Verteidigerin von Demokratie und Rechtsstaat. Aber in letzter Zeit gibt es immer häufiger von Seiten der Union Initiativen, demokratische Prozesse in ihrem Sinne so zu beeinflussen, dass es ihnen nutzt. Reformen sind nicht per se schlecht, wenn sie aber bloß dem eigenen Machterhalt oder -ausbau dienen, bekommt die komplette politische Arbeit einer Partei einen sehr schalen Beigeschmack.

Dazu vier Entwicklungen aus jüngerer Zeit und wie ich sie sehe:

1.) Landräte: Baden-Württemberg war eine gewisse Zeit das einzige Bundesland, in dem Landräte nicht vom Volk gewählt wurden. Bis Schleswig-Holstein unter Ministerpräsident Carstensen die Direktwahl der Landräte abschaffte und stattdessen die Kreistage wieder darüber entschieden ließ.

Das vorgeschobene Argument hier wie dort ist, dass der Landrat in erster Linie Verwaltungsaufgaben hat, Landratswahlen Geld kosten und die Wahlbeteiligung sehr niedrig ist. Das stimmt zwar teilweise, stimmt aber genauso für Bürgermeister. Trotzdem stellt heute niemand die Direktwahl von Bürgermeistern in Frage. (Das war nicht immer so!)

Der wahre Grund: Die mangelnde Direktwahl führt in Baden-Württemberg dazu, dass alle Land-

räte im Land von der CDU, Wählervereinigungen oder der FDP gestellt werden. Die CDU und die überwiegend konservativen Wählergruppen dominieren die Kreistage und lassen nichts anderes zu. Bei Landratswahlen könnten aus Versehen SPD-Kandidaten gewinnen (sogar im tiefsten Bayern passiert das manchmal).

2.) Bürgermeisterwahlen: In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben schwarz-gelbe Regierungen die zweiten Wahlgänge abgeschafft (in NRW hat Rot-Grün das wieder rückgängig gemacht). Dann gewinnt der Kandidat mit den meisten Stimmen, selbst wenn er weit weg ist von einer absoluten Mehrheit.

Vorgeschoben werden das Kostenargument und die niedrige Wahlbeteiligung in zweiten Wahlgängen. Ich weiß nicht, wie viel zweite Wahlgänge kosten. Da die meisten (O)B-Wahlen aber eh ohne einen solchen auskommen, kann das nicht besonders viel sein.

Der eigentliche Grund ist, dass die Grünen meist einen eigenen Kandidaten im Rennen haben, während die FDP meist auf einen solchen verzichtet. Das Mitte-Links-Lager wird gespalten, das Mitte-Rechts-Lager steht hinter einem Kandidaten. So gewinnt der CDU-Kandidat viel häufiger, als wenn er sich einer Stichwahl gegen einen SPD-Kandidaten oder einen Grünen durchsetzen müsste. Fragt mal Boris Rhein (Frankfurt).

3.) Überhangmandate: Das Bundesverfassungsgericht hat festgesetzt, dass, wenn der Gesetzgeber sich schon für die Verhältniswahl entscheidet, diese Entscheidung nicht durch zu viele Überhangmandate verwässert werden darf. Das Verfassungsgericht hat diese Grenze (ziemlich willkürlich) auf 15 festgelegt. Prompt wollen Unions-

politiker natürlich, dass nur darüber hinaus gehende Überhangmandate ausgeglichen werden und widersprechen damit Horst Seehofer, der einen Komplettausgleich verlangt. ALLE Landtagswahlsysteme nehmen einen Komplettausgleich vor, wenn Überhangmandate möglich sind. Gäbe es z.B. in NRW keinen Ausgleich, wäre die SPD mit ihren 39 Prozent bei 99 von 204 Sitzen, also fast bei der absoluten Mehrheit.

Ich sage nicht, dass eine Entscheidung gegen ein Verhältniswahlrecht automatisch undemokratisch ist. Wenn man sich aber für ein Verhältniswahlrecht entscheidet, muss man diese Entscheidung auch konsequent verfolgen.

Als Grund werden auch hier Kosten genannt, da ein Vollaussgleich zu mehr Abgeordneten führen würde. Ich finde: Das Kostenargument wird lahm. Ein paar Hunderttausend Euro in einem Haushalt, der Hunderte von Milliarden umfasst.

(Langfristig wird natürlich kein Weg an einer Grundreform des Bundestagswahlrechts vorbeiführen. Dazu ist der Weg bis 2013 aber zu kurz.)

Der wahre Grund ist, selbstredend, dass die Union auf den Vorteil durch die Überhangmandate nicht verzichten will.

4.) Bayrische Landtagswahl: Der tollste Schildbürgerstreich ist aber, dass die bayrische Regierung unbedingt will, dass die bayrische Landtagswahl einigen Abstand zur Bundestagswahl hat.

Der vorgeschobene Grund ist, dass die bayrische Regierung ihre Wahl nicht von Bundesthemen überstrahlen lassen will.

Der wahre Grund ist einfach: Bei der Bundestagswahl wird die CSU keine absolute Mehrheit holen; die Wahrscheinlichkeit, sie bei der Landtagswahl

zu erlangen, sinkt erheblich, wenn diese am gleichen Tag stattfindet. Vor Allem unter dem Gesichtspunkt, dass die CSU bei der Bundestagswahl für die Regierung kämpft, von der sie sich in Bayern so weit wie möglich distanziert, würde der CSU den Wahlkampf vermiesen. Außerdem spekuliert die CSU darauf, dass ihr eine niedrige Wahlbeteiligung nutzt. Bei der Bundestagswahl wird die Beteiligung in Bayern wohl bei 70-75 % liegen. Bei bayrischen Landtagswahlen liegt sie unter 60 Prozent. Für ihren Machterhalt riskiert die CSU sogar höhere Kosten. Die Devise scheint zu sein: Weniger Demokratie wagen!

Der einzige gute Grund, den die Union überhaupt manchmal als Feigenblatt anführen kann, sind die Kosten.

Aber Demokratie hat nun mal ihren Preis. Der ist noch nicht einmal besonders hoch. Ich würde der Union viel eher abnehmen, dass sie für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt, wenn sie nicht ständig versuchen würde, Wahlen mit technischen Mitteln in ihre Richtung zu beeinflussen.

Bastian Jansen

Impressum und Kontakt: Bastian Jansen, c/o Jusos Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg, eiver@jusos-rhein-neckar.de. Die hier veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Jusos Rhein-Neckar wieder, sondern die Meinung des Verfassers.